

Technikfaszination braucht Demokratiekompetenz: Zur Jugendbeteiligung im Internet

Stephan Eisel

Zusammenfassung

Nur wenn zur Technikfaszination Demokratiekompetenz kommt, lassen sich die Chancen des Internets verantwortlich nutzen. So steht die im Netz gängige Währung des schnellen Klicks im Gegensatz zur notwendigen Reifezeit für demokratische Meinungsbildung. Die im Internet gängige Anonymität gefährdet den für die Demokratie unabdingbaren Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung. Der für die demokratische Debatte wichtige einheitliche Kommunikationsraum wird im Netz ebenso entgrenzt, wie er zugleich in fragmentierte Echogesellschaften zerfällt. Das Internet eignet sich nicht für Abstimmungen und Wahlen, potenziert aber zugleich plebiszitäre Versuchungen. Gerade weil sich viele Jugendliche vorwiegend im Cyberspace bewegen, ist es wichtig, dass sie für solche Ambivalenzen sensibilisiert werden.

1 Einleitung

Die Demokratie des Grundgesetzes ermöglicht, fordert und fördert das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ihre Teilhabe am politischen Entscheidungsprozess weit über die Teilnahme an Wahlen hinaus. Dass Bürger mit ihrer Meinung und ihrem Sachverstand die Vorschläge staatlicher Institutionen und Entscheidungen demokratischer Gremien beeinflussen und auf den Prüfstand stellen, ist Lebenselixier freiheitlicher Demokratie.

Bürgerbeteiligung ist also ein elementares demokratisches Grundrecht. Im Verständnis des Grundgesetzes leitet sich daraus aber kein Beteiligungs- oder Politikzwang ab. Ganz im Gegenteil garantiert das Grundgesetz auch die Freiheit, unpolitisch zu sein, und das Recht, sich mit etwas nicht befassen zu wollen. Deshalb

eröffnet unsere freiheitliche Demokratie den Bürgern durch die Teilnahme an Wahlen (und selbst durch die Verweigerung der Teilnahme) die Möglichkeit zur teilweisen oder vollständigen Delegation ihrer Mitwirkungsrechte auf gewählte Volksvertreter. Dieses Delegationsrecht steht gleichberechtigt neben dem Recht zur politischen Beteiligung weit über Wahlen hinaus. So ergänzen und bedingen Bürgerbeteiligung und parlamentarische Entscheidungsfindung einander.

Für Bürgerbeteiligung bietet das Internet faszinierende neue Möglichkeiten. Insbesondere erleichtert es den Zugang zu Informationen und schafft der freien Meinungsäußerung neue Foren. Einerseits können sich Bürger unmittelbar und ohne hierarchische oder mediale Zwischenschritte informieren und informiert werden. Andererseits können sie unmittelbar in der Öffentlichkeit und bei ihren gewählten Vertretern für ihre Ansichten werben. So ist das Internet für den mündigen Bürger ebenso ein Gewinn, wie es auch den gewählten Mandatsträgern die Möglichkeit eröffnet, ihre Entscheidungen auf der Grundlage einer breiteren Meinungs- und Faktenbasis zu treffen. Diese Stärkung der Informations- und Meinungsfreiheit ist auch eine Stärkung der Demokratie insgesamt.

2 Ambivalenter Cyberspace

Die Wirkmächtigkeit des Internets wird gespeist durch die zeitliche, räumliche und körperliche Entgrenzung der Kommunikation. Zeitversetzte, asynchrone Kommunikation hat ebenso wie zeitgleiche, synchrone Kommunikation eine neue Dimension erreicht: Vom langsamen Brief zur schnellen Mail, vom örtlich gebundenen Gespräch zum räumliche Grenzen überwindenden Chat. Zudem ist das Internet ständig nutzbar – überall und rund um die Uhr. Es kennt keine Öffnungszeiten, es hat immer geöffnet.

Auf paradoxe Weise führt dabei die virtuelle Netzwelt durch die Unabhängigkeit von Raum und Zeit zur Realitätsdramatisierung: Alles rückt näher, wird dringlicher und wirkt dramatischer – und unüberschaubarer: Das tägliche Verkehrsaufkommen auf den Datenautobahnen übersteigt längst um mehr als das tausendfache die Datenmenge aller jemals in jeder Sprache geschriebenen Bücher. Man würde mehr als zwei Jahre benötigen, um alle Videos anzusehen, die pro Sekunde ins Netz transportiert werden (vgl. Eisel 2011, S. 15ff.). So geriert sich der scheinbar grenzenlose Cyberspace zum Gegenüber der unzulänglichen realen Welt.

Mit der Dramatisierung der Realität geht im Internet ihre Relativierung einher: Flüchtigkeit und Oberflächlichkeit bestimmen die Netzkultur. Gerüchte verbreiten sich rasend schnell, Verschwörungstheorien sind gängige Ware im Cyberspace. Die

Kehrseite scheinbar grenzenloser Informationsfreiheit im Internet ist der ebenso unbegrenzte Raum für propagandistische Desinformation. Die zufällige Wahrnehmung von Informationsfetzen verdrängt allzu leicht die gezielte Informationssuche. Der Übermittler der Nachricht z. B. in sozialen Netzwerken wird wichtiger als ihr Urheber. Suchmaschinen halten dem Nutzer den Spiegel seines bisherigen Nutzerverhaltens vor und etikettieren dies als neutrales Informationsangebot.

Das Internet ist eben kein Erlösungsmedium, das per se demokratischen Ansprüchen genügt. Es bietet eigene Chancen, birgt aber auch spezifische Gefahren. Gerade wegen der Vielzahl von Phantasien und auch Ängsten, die das neue Medium mit seiner atemberaubenden Dynamik mobilisiert, ist der nüchterne Blick gefragt.

Dies gilt nicht nur, aber natürlich auch für die junge Generation – die sogenannten ‚Digital Natives‘. Gerade weil sie in eine digitale Netzwelt geboren sind, sind sie in der besonderen Gefahr, sich darin zu verlieren. Wem das Internet zur dominierenden oder gar einzigen Heimat geworden ist, der oder die steht in der Gefahr, für die sichere Orientierung im Cyberspace auf die bewährten Maßstäbe aus der Offline-Welt nicht zurückgreifen zu können.

3 Jugend im Netz

Daraus, dass die nach 1990 Geborenen wie selbstverständlich in der Internetwelt aufgewachsen sind, wird meist automatisch geschlossen, sie seien im Unterschied zur Gesamtbevölkerung alle und ständig im Netz. Die vorliegenden Nutzerstatistiken scheinen das zu bestätigen:

Nach der jüngsten ARD-ZDF-Online-Studie (van Eimeren und Frees 2014) nutzen insgesamt etwa 80 Prozent der deutschsprachigen Bevölkerung über 14 Jahre das Internet zumindest gelegentlich, 58 Prozent tun dies täglich. Immerhin 20 Prozent der Bevölkerung haben aber – im doppelten Wortsinn – keinen Netz-Zugang. Bei den 14- bis 29-Jährigen ergab die Studie eine zumindest gelegentliche Nutzung zu 100 Prozent. 93 Prozent dieser jungen Nutzer gaben an, sie hätten das Netz zuletzt „gestern“ genutzt.

Ein genauerer Blick auf das Internet-Verhalten von Jugendlichen lohnt aber: Diesen ermöglicht unter anderem die im Februar 2014 vorgelegte U25-Studie *Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der digitalen Welt* des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI 2014). Sie kommt zu dem Ergebnis, dass immerhin 15 Prozent der Neun- bis 24-Jährigen das Internet nur ein paar Mal im Monat (sechs Prozent), noch seltener (drei Prozent) oder nie

(sechs Prozent) nutzen. (Nur) 57 Prozent der Jugendlichen bis 25 Jahre sind täglich im Netz, weitere 28 Prozent mehrmals pro Woche.

Die Netzpräsenz von Jugendlichen ist also zwar umfangreich, aber keineswegs so ständig und allumfassend wie meist unterstellt. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen: Kinder (neun bis 13 Jahre) sind zu 22 Prozent täglich im Netz, Jugendliche (14 bis 17 Jahre) zu 67 Prozent und junge Erwachsene (18 bis 24 Jahre) zu 72 Prozent. Beim Zugang zum Internet spielt der stationäre PC nur noch eine untergeordnete Rolle. Es dominieren Smartphones, Spielekonsolen und Laptops.

Von den täglichen jugendlichen Internetnutzern sind nach der U25-Studie – ohne auffällige Altersdifferenzierung – elf Prozent ständig online, fast zwei Drittel weniger als zwei Stunden pro Tag. Dabei sagt die Verweildauer im Internet nichts über den Grad der Aktivität während dieser Online-Zeit aus. Flatrates ermöglichen es, online zu sein, ohne online zu agieren.

Interessanterweise erreicht die tägliche Internet-Nutzung nach der DIVSI-Untersuchung im Alter von 15 und 16 Jahren mit 80 Prozent ihren Höhepunkt und geht danach kontinuierlich zurück: Bei den 24-Jährigen liegt sie schon unter 70 Prozent. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die ARD/ZDF-Studie: Die Berufs- und Familienphase verändert die Prioritäten spürbar. Die Verweildauer im Netz sinkt schon in der Altersgruppe 30 bis 49 Jahre deutlich auf 162 Minuten täglich (14 bis 29 Jahre: 248 Minuten).

4 Jugendliche Netzaktivitäten

An der Spitze der Online-Aktivitäten der Altersgruppe von 14 bis 29 Jahren stehen nach der ARD/ZDF-Online-Studie die Nutzung von Suchmaschinen (93 Prozent) und von E-Mails (79 Prozent). Darin unterscheiden sie sich nicht von den Prioritäten aller Online-Nutzer. Mit 74 Prozent sind sie allerdings deutlich aktiver in sozialen Netzwerken (Durchschnitt: 39 Prozent), mit 70 Prozent bei der Nutzung von Videoportalen (Durchschnitt: 34 Prozent) und mit 65 Prozent beim Chatten (Durchschnitt: 32 Prozent) (van Eimeren und Frees 2014).

Die U25-Studie des DIVSI (2014) hat ermittelt, dass 68 Prozent der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 24 Jahre bei Facebook registriert sind; mehr als die Hälfte davon nutzt es täglich – übrigens auch hier ab dem 16. Lebensjahr abnehmend. Neben Facebook ist nach Google inzwischen WhatsApp zur drittwichtigsten Internetanwendung für Jugendliche geworden.

Zu interessanten Ergebnissen kommt in diesem Zusammenhang auch die *Studie über das Internetsuchtverhalten von europäischen Jugendlichen* (Dreier et al. 2012). Dafür wurden 2011/12 über 13.000 Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren in sieben europäischen Ländern befragt (Deutschland, Griechenland, Island, Niederlande, Polen, Rumänien und Spanien). In dieser Altersgruppe sind 92 Prozent der Online-Nutzer in mindestens einem sozialen Netzwerk, und fast 40 Prozent verwenden für das Internet mindestens zwei Stunden eines Schultages. 61 Prozent der Befragten spielen Computerspiele.

Diese europäische Untersuchung unterstreicht, dass sich Jugendliche „entwicklungsbedingt“ besonders zum Internet hingezogen fühlen, „denn hier können ein grundlegender Wissensdurst und eine gesunde Neugier befriedigt werden“ (Dreier et al. 2012, S. 8). Das Internet entfalte seine Attraktivität insbesondere im Blick auf „das Erhalten von Antworten auf weitreichende Fragen, die schnelle Erreichbarkeit von hochaktuellen Informationen, mit vorhandenen und neuen Kontakten in Verbindung stehen (und) Spaß haben“ (Dreier et al. 2012, S. 8).

Neben der Befriedigung von Wissensdurst und Neugier, so die Studie,

wird das Internet von einigen Jugendlichen kompensatorisch genutzt:

- das Internet erleichtert (Unbeschwertheit) das tägliche Leben, einige Jugendliche benötigen es jedoch auch zur Selbstbestätigung (z. B. Mitwirkungsmöglichkeiten)
- diese Selbstbestätigung entsteht durch positive Online-Erfahrungen (beliebt sein, ein „Pro-Gamer“ sein, ein Gleichheitsgefühl und das Vermeiden von Langeweile)
- bei Jugendlichen mit unzureichenden realen sozialen Kompetenzen vermag diese Dynamik eine Lücke zu füllen (Kompensation) und somit Quellen der Selbstbestätigung zur Verfügung zu stellen, welche vorher nicht erschließbar waren. (Dreier et al. 2012, S. 8)

Dabei ist zu beachten, dass das Internet im Unterschied zu Fernsehen und Radio kein reines Konsummedium ist, sondern Aktivität verlangt. Im Cyberspace gilt: Wenn man nichts tut, tut sich nichts. Auf dieser Grundlage dürfte die höchste internetbezogene Partizipations-, d. h. Mitwirkungsquote für Jugendliche im Bereich der Online-Spiele und sozialen Netzwerke liegen. Partizipative Angebote aus dem im weitesten Sinn politischen Bereich sind für junge Leute ebenso wie für die Online-Nutzer insgesamt die Angelegenheit einer kleinen Minderheit.

Der Fokus liegt deutlich erkennbar auf Anderem: Alle Untersuchungen zeigen, dass Politik und politische Beteiligung nicht nur bei den Internetnutzern insgesamt, sondern gerade bei Jugendlichen eine Nischenexistenz fristen. Wo es um ‚grundlegenden Wissensdurst und gesunde Neugier‘ geht, hat die Nutzung populärer Angebote wie der Suchmaschine Google oder der Online-Enzyklopädie Wikipedia gerade bei Jugendlichen hohe Anziehungskraft mit weitreichenden Folgen. Als be-

wusst niedrigschwellige, einfach zu nutzende Plattformen haben sie praktisch einen Monopolstatus erreicht und verführen schon mangels Konkurrenz zur kritiklosen Nutzung. Diese Gefahr ist umso größer, je mehr den Internetnutzern – und dies gilt besonders für Jugendliche – die Möglichkeit der Einordnung durch allgemeines Wissen und Erfahrung fehlt.

5 Die Wikipedia-Versuchung

Dies zeigt sich beispielhaft beim Umgang gerade junger Internetnutzer mit der Online-Enzyklopädie Wikipedia. Sie gehört zu den zehn am häufigsten besuchten Websites und hat gleichsam ein enzyklopädisches Online-Monopol erreicht, ohne in ihrer Wissensautorität hinterfragt zu werden. 95 Prozent der 14- bis 19-jährigen deutschsprachigen Internetnutzer greifen darauf zurück.

Damit ist Wikipedia zwar in der Nutzung ein beeindruckendes Massenphänomen, aber nicht – wie eigentlich von den Initiatoren angestrebt – in der Erstellung. Die deutschsprachige Wikipedia wird dominiert von ca. hundert Autoren mit monatlich jeweils mehr als 1.000 Einträgen (Neueinträge/Veränderungen/Kommentare/Löschungen) (Wikipedia 2015a). Selbst wenn man den Kreis etwas weiter zieht (100 Edits pro Monat), kommt man auf nur ca. 5.000 nennenswert aktive Autoren der 1,5 Mio. registrierten ‚Wikipedianer‘ (vgl. Wikimedia 2015).

Häufige Aktivität, deren qualitatives Niveau ungeprüft bleibt, bildet die Grundlage des Aufstiegs in der Wikipedia-Hierarchie vom beitragenden Nutzer zum dominierenden und kontrollierenden Administrator. Der aktivste Administrator in der deutschsprachigen Wikipedia („Aka“) kommt seit zehn Jahren auf einen Durchschnitt von täglich (!) fast 200 Edits (Wikipedia 2015b). Allein dieser eine Autor hat bereits fast 800.000 mal Beiträge eingestellt, verändert, kommentiert oder gelöscht. Im Februar 2015 waren gerade einmal 249 deutschsprachige Wikipedia-Nutzer als Administratoren mit der Macht ausgestattet, Artikel auch gegen den Willen ihrer Autoren dauerhaft zu löschen oder zu verändern (Wikipedia 2015c).

Wikipedia ist also mitnichten jenes offene Wissensportal, als das es gerne gelten möchte, sondern ist charakterisiert durch das starke Machtgefälle zwischen mächtigen Administratoren einerseits und Nutzern sowie gelegentlichen Autoren andererseits. Gerade in der Struktur der deutschsprachigen Wikipedia zeigen sich Schließungs- bzw. Verfestigungstendenzen fast sektenartigen Charakters. Für neue Editoren ist es äußerst schwierig, ins Zentrum des Netzwerkes vorzudringen. Bei Wikipedia führt nicht die geprüfte Kompetenz, sondern nur hohe Aktivität zum

mächtigeren Status: Wikipedia ist keine Demokratie der Geistreichen, sondern eine Diktatur der Zeitreichen.

Die Manipulationsgefahr durch eine kleine Autoren- und Administratorenclique ist umso größer, je politischer die Beiträge sind oder empfunden werden. Unter tatsächlicher oder falscher Identität toben bei Wikipedia auch ständig politische Meinungsschlachten. Bis hin zur bewussten Fehlinformation werden Artikel je nach politischem Gutdünken manipuliert und zensiert. Auch wer mit einer ideologischen Agenda aktiv ist, erhöht damit seine Kontroll- und Korrekturrechte bei den Beiträgen anderer Autoren.

Wo einerseits der Eindruck unbegrenzter Informationsfülle erweckt wird, herrscht tatsächlich intransparente Selektion und Zensur durch einige wenige. Anfang 2015 umfasste die deutschsprachige Wikipedia knapp 1,8 Mio. Artikel. Die praktisch unbegrenzte Speichermöglichkeit im Internet entlastet Wikipedia dabei aber von der Einordnung und Unterscheidung zwischen wichtig und unwichtig, wie sie beispielsweise der Buchdruck erzwingt. So finden sich bei Wikipedia zufällig und ohne Einordnung Banalitäten neben Gewichtigem, Seriöses neben Unseriösem, längst Überholtes neben Hochaktuellem.

Zudem weiß man bei einem Wikipedia-Artikel nie, ob der gerade lesbare Text nicht in einigen Sekunden, Minuten oder Stunden korrigiert sein wird. Wikipedia bietet – je politischer der Inhalt ist, umso mehr – viel mehr den Informations- und Meinungsstand des flüchtigen Augenblicks einiger weniger als nachhaltiges Wissen.

Die grundlegenden Schwächen des Wikipedia-Prinzips werden von der leichten Nutzbarkeit dieses Online-Lexikons völlig überlagert. Tatsächlich steht Wikipedia für die Volatilität, also die Schwankungsbreite und Relativität von Wissen und Information, vermittelt aber den Eindruck solider Zuverlässigkeit. Im Alltag ist Wikipedia längst dem mühsamen und als altmodisch geltenden Maßstab der Quellenkritik entzogen.

Wo die Online-Enzyklopädie sinnvollerweise allenfalls Einstieg in eine Themenbefassung sein kann, gilt sie gerade bei Jugendlichen viel zu oft als letztes Wort. Da Partizipation ohne Wissen und Kenntnis schnell zur leeren Hülle und zum beliebigen Manipulationsfeld wird, darf die Wissensquelle, mit der sich Jugendliche in die Online-Partizipation begeben, aber keineswegs außer Acht gelassen werden.

6 Das Google-Problem

Vom Image scheinbarer Objektivität lebt auch die Suchmaschine Google. Wie Wikipedia erweckt sie den Eindruck, die unbegrenzten Informationsangebote des Internets für Nutzer ‚neutral‘ zu strukturieren, prägt aber in Wahrheit durch Selektion unser Wirklichkeitsbild. Google gebärdet sich als objektive Suchmaschine, ist aber längst zur subjektiven Antwortmaschine geworden und hält dem Suchenden vor allem den eigenen Spiegel vor.

Google durchsucht keineswegs für jede Suchanfrage das Internet, sondern erstellt regelmäßig einen Index, auf den bei einer Suchanfrage zurückgegriffen wird. Nach welcher Auswertungsmethode (Algorithmus) dieser Unternehmensindex erstellt wird, ist streng gehütetes Geschäftsgeheimnis. Der Konzern, der uneingeschränkte Informationszugänglichkeit propagiert, schottet sich als monopolartiger Knotenpunkt der Informationsgesellschaft selbst konsequent ab.

So sehr intransparent bleibt, nach welchem Prinzip Google Informationen selektiert und Suchanfragen beantwortet, so offenkundig ist, dass eigene Produkte prominente Plätze auf der Rangliste der Suchergebnisse erhalten. An vorderer Stelle wird zudem aufgelistet, was schon oft gesucht wurde. Dabei wird das bisherige Suchverhalten der Nutzer ebenso ausgewertet wie die Daten, die man durch die Nutzung anderer Google-Produkte – etwa Gmail – preisgibt.

Dies ist auch die Grundlage der zielgerichteten Werbung, mit der der Konzern durch die Nutzung personenbezogener Daten erhebliche Gewinne erzielt. Als für die Nutzer kostenloser Service erwecken Suchmaschinen wie Google aber den Eindruck einer von kommerziellen Interessen unabhängigen Neutralität. Tatsächlich aber ist diese Kostenfreiheit Geschäftsprinzip nach dem Motto: Werden kostenlos viele Würstchen verteilt, steigen die Verkaufszahlen für Senf. Die kostenfreie Suchmaschine sorgt so für eine umso höhere Zahl von Adressaten für das internetbasierte Werbegeschäft.

Lag der ursprüngliche Reiz des Internets in der Einladung zur Reise in das bisher Unbekannte, ist die Bestätigung des Vertrauten und Verbreitung des bereits Verbreiteten wichtiges Grundprinzip bei Google. Das Unternehmen hält dem Nutzer, wie schon gesagt, den Spiegel vor: Man bekommt geboten, was man kennt und zugleich sinkt die Wahrscheinlichkeit der Konfrontation mit Neuem. Darauf weist Google im Kleingedruckten etwa zu seinem Nachrichtenservice Google-News auch selbst hin: „Unsere Artikel werden von Computern ausgewählt und gewichtet. Hierbei wird unter anderem bewertet, wie häufig und auf welchen Websites ein Beitrag online erscheint“ (Google 2011).

Es ist nur folgerichtig, dass es inzwischen zahllose kommerzielle Angebote gibt, Internetangeboten durch künstlich nach oben getriebene Zugriffszahlen eine

möglichst hohe Google-Platzierung zu sichern. Wer nicht auf der ersten Seite der Google-Suchergebnisse landet, hat einen kaum aufholbaren Rückstand, wahrgenommen zu werden. Was bei Google wegen mangelnder Nutzerzahlen nicht an der Spitze der Suchergebnisse steht, halten viele für nicht existent, mag es noch so bedeutend sein.

Offen bekennt sich das Unternehmen zur Fortentwicklung dieses quantitativen Prinzips der sich selbst verstärkenden Bedeutungsvermutung. Google-Chef Eric Schmidt beschrieb die Zukunft mit den Worten:

Suche wird sich immer mehr zur vorhersagenden Suche entwickeln. Wir werden sagen können, ob das Konzert, das Sie heute Abend besuchen wollen, gut oder schlecht ist, weil wir durchsuchen können, wie die Menschen im Internet darüber reden. ... Wir werden schon während des Konzertes sagen können, ob es hält, was sich die Leute davon versprochen haben, weil immer mehr Leute während eines Konzertes twittern oder kommunizieren. Und wir werden nach dem Konzert sagen können, wie das Ergebnis war. (Zitiert nach Schirmmacher 2009, S. 219)

Mit dem Google-Grundprinzip der großen Zahl geht eine möglichst hohe Geschwindigkeit für den Nutzer einher: je schneller die Suchmaschine ist, desto mehr Klicks kommen zustande. Nicht zuletzt darauf basieren auch die Einnahmen aus dem Werbegeschäft. Unternehmen wie Google sehen sich durch Zeitbedarf für Reflexion und konzentriertes Denken behindert. Wer im Sekundenbruchteil große Informationsmengen abrufen kann, verlernt schnell das Warten. Die ständig dynamisierte Schnelligkeit von Suchmaschinen wie Google macht uns zu ungedulden Menschen, denen Zeit für Reflexion und Diskurs wie verschwenderischer Luxus erscheint. Genau auf diese Zeit für Reflexion und Diskurs ist demokratische Partizipation aber angewiesen.

Die Wirkungen des Zusammentreffens von Schnelligkeit und eines vordergründig neutralen Orientierungsangebots sind angesichts der dominierenden Stellung von Google nicht zu unterschätzen. Die Fixierung der Nutzer auf Suchmaschinen als scheinbar neutralem Haltepunkt in der unüberschaubaren Komplexität des Netzes verstärkt sich ständig. Die so einfach und schnell zu nutzende Scheinneutralität engt auch die Offenheit ein, auf die verantwortliche Partizipation gründen sollte.

7 Grenzen kennen, um Chancen zu nutzen

Gerade jugendliche Nutzer unterliegen der Gefahr, Angebote wie Google und Wikipedia für einen Index der Wirklichkeit zu halten. Was dort nicht gefunden wird, lohnt die weitere Suche nicht. Was dort angeboten wird, ist die sozusagen ‚autorisierte‘ Sicht der Dinge. So verdrängt die Niedrigschwelligkeit von Angeboten wie Wikipedia und Google die Notwendigkeit fundierter Allgemeinbildung. Nur sie ermöglicht durch die Fähigkeit zur Einordnung den sinnvollen Umgang mit der Fülle spezieller Informationen im Internet. Ohne diese Offline-Qualifikation verliert sich der Einzelne in der Online-Welt.

Gerade für ‚Digital Natives‘ ist dieser Halt die wichtigste Orientierung im Informationsstrudel des Internets. Hier liegt der Kern der oft beschworenen Medienkompetenz, und deshalb ist es ein Irrweg, dass unser Bildungssystem seit Jahren monothematischer Spezialisierung Vorrang gibt vor Allgemeinbildung und Übersichtswissen.

Im Spannungsverhältnis zwischen der Magie der einfachen und schnellen Verstärkung des Bekannten und der schwierigen Auseinandersetzung mit der Kraft des neuen Arguments muss sich auch Bürgerbeteiligung durch das und im Internet bewähren, wenn sie demokratischen Maßstäben gerecht werden soll. Das gilt schon deswegen insbesondere für Jugendliche, weil für sie die Nutzung des Internets für politische Beteiligungsmöglichkeiten nicht selten die erste Begegnung mit demokratischen Verfahren überhaupt ist. Gerade deshalb muss zur – gerade durch jugendliche Neugier geförderten – Technikfaszination Demokratiekompetenz hinzu kommen, die sich keineswegs von selbst ergibt.

Ohne Zweifel kann die Fülle der Informationen aus dem Internet auch das Wissen vergrößern. Doch Voraussetzung dafür ist eine Kompetenz, die nicht per se aus der Konfrontation mit einem Informations- und Datensammelsurium erwächst: Es geht um Urteilsfähigkeit im Umgang mit Informationsfülle. Das gilt nicht nur allgemein, sondern insbesondere für politische Informationen, auf deren Zuverlässigkeit und Seriosität die Bürger in der freiheitlichen Demokratie angewiesen sind. Den Kommunikationsvorteilen des Internets steht für die freiheitliche Demokratie auch die Gefahr gegenüber, in der täglichen Informationsflut zu ersticken und dem Faszinosum der Quantität die mühsame Suche nach Qualität zu opfern.

Offengelegt werden muss auch immer wieder, dass das mit dem Internet verbundene Ideal der Hierarchiefreiheit längst an seine Grenzen gestoßen und eigentlich fast nur noch ein Mythos ist. Die Dominanz großer Monopole wie Google (unter anderem mit YouTube) oder Facebook (unter anderem mit WhatsApp und Instagram) sind das Ergebnis einer ständigen Zentralisierung, deren Ende wegen immer neuer Aufkäufe von Kleinen durch Große noch nicht abzusehen ist. Gerade jugendlichen

Internetnutzern wird eine scheinbare Angebotsvielfalt vorgegaukelt, hinter der in Wahrheit aber nur wenige Konzerne stehen.

Vielen gerade jugendlichen Internetnutzern ist auch zu wenig bewusst, dass das Internet nichts vergisst und einmal Preisgegebenes in völlig anderen inhaltlichen und zeitlichen Zusammenhängen als bei der Einstellung ins Netz wiedergeben kann. Hier liegt eine besondere Aufgabe von Erziehung und Bildung, denn die allgemeine Erosion des Privaten in unserer Gesellschaft findet im Internet ihre besondere Ausdrucksform in einer hohen Bereitschaft zur Selbstentblößung.

Dazu laden insbesondere Soziale Netzwerke als Kommunikationsforen für scheinbare Belanglosigkeiten ein. Sie erwarten diese Selbstentblößung teilweise als Eintrittskarte in ihre Gemeinschaften. Das Internet bietet durch die generelle Zugänglichkeit der dort verbreiteten Meinungen und Informationen auch weitgehende Möglichkeiten zur dauerhaften Herabsetzung anderer, gegen die kaum Gegenwehr möglich ist.

Nur wer klar solche Grenzen des oft unreflektiert idealisierten Internets benennt, kann auch dessen Chancen sinnvoll nutzen. Wer dies nicht beachtet, verliert sich im Cyberspace besonders schnell zwischen den Fassaden potemkinscher Dörfer. Das gilt natürlich auch für den Bereich der politischen Partizipation im Cyberspace.

8 Freiheit und Verantwortung

Demokratiekompetenz setzt die Kenntnis des Internets mit seinen Stärken und Schwächen voraus. Darauf gründet der verantwortliche Umgang des Einzelnen mit den Freiheiten des Netzes. Das gilt umso mehr, als das Internet vor allem und in besonderem Maß ein Individualmedium ist, dessen Gebrauch oder Missbrauch vom Verhalten des Einzelnen abhängt.

Für den Einzelnen ist der Reiz und Vorteil des Internets seine leichte Zugänglichkeit unabhängig von der Zugehörigkeit zu größeren oder kleineren Organisationen und in der freiheitlichen Demokratie ohne Zugangskontrolle. Deshalb kann das Internet auch als Freiheitsmedium gelten, das dem Impetus der freiheitlichen Demokratie entspricht, die die Freiheit des Einzelnen in den Mittelpunkt stellt. Zugleich ist der Internetnutzer im Netz zunächst auf sich allein gestellt: praktisch alles, was er dort tut, obliegt völlig seinen eigenen Entscheidungen ohne die in der realen Welt oft vorhandene soziale Einordnung durch das reale Gegenüber. Dies gilt umso mehr, als der Cyberspace zur anonymen Nutzung einlädt, die eigenes Handeln von der Verantwortung dafür entkoppelt.

Umso weniger darf zugelassen werden, dass sich das Internet als rechtsfreier Raum geriert. Was in der freiheitlichen Demokratie offline verboten ist, kann nicht online erlaubt werden. Zu lange wurde ohne Debatte hingenommen, dass das Internet für sich das Ausnahmerecht ‚Anything goes‘ beansprucht. Dies wurde zum Nährboden für Extremismus jedweder Art, Gewaltverherrlichung und Kriminalität bis hin zur Kinderpornografie. Die Freiheit des Einzelnen muss aber auch im Internet dort enden, wo sie die Freiheit des Nachbarn aushebelt.

Der auch im Cyberspace notwendige Schutz der Menschenwürde wird gerne mit Zensurvorfällen zurückgewiesen. Es ist aber im Sinn der freiheitlichen Demokratie nicht akzeptabel, dass im Cyberspace in solchen Grundfragen andere Rechtsgrundsätze angewandt werden als in der Offline-Welt. So sorgfältig Eingriffe in die Freiheit offline und online überlegt sein müssen, so konsequent sind sie durchzusetzen, wenn demokratische Grundsätze wie der Schutz der Menschenwürde infrage gestellt werden. Dass dabei Demokraten gegen Anti-Demokraten standhaft zusammenstehen müssen, gehört zu den Grundregeln demokratischer Partizipation.

Tatenlosigkeit gegenüber den Feinden der Demokratie darf der demokratische Staat nicht zulassen, sondern muss alle gebotenen Maßnahmen dagegen ergreifen. Dazu gehört sowohl das Löschen entsprechender Internetseiten als auch das Sperren, solange das Löschen nicht erfolgreich ist. Zwischen diesen beiden Vorgehensweisen einen Gegensatz herzustellen, schwächt den demokratischen Staat im Kampf gegen extremistische und kriminelle Angriffe insbesondere auf die Menschenwürde. Gefragt ist aber hier die umfassende Verteidigungskraft der wehrhaften Demokratie.

Als Massenmedium ist das Internet zugleich auch mögliches Manipulationsmedium, weil die Zuverlässigkeit von Informationen dort nicht so schnell überprüft werden kann, wie sie verbreitet werden. Subjektive Meinungen, Vermutungen, Spekulationen oder Hoffnungen erscheinen im Netz oft als scheinbar objektive Informationen und werden gerne damit verwechselt. Dies gilt auch für vieles, was das Internet als Tummelplatz für alle möglichen Spinnereien und Verrücktheiten anbietet. Dies ist auch einem oberflächlichen Spieltrieb geschuldet, der in der Weitergabe einer im Netz gefundenen Nachricht einen von deren Inhalt oder Seriosität unabhängigen Selbstzweck sieht.

Wer zur Verbreitung beiträgt, sieht sich im Internet selten verantwortlich für den Inhalt des Weitergegebenen. Was aber viele verbreiten, wird schnell von allen geglaubt. Auch totalitäre Staaten haben diese Möglichkeit des Internets längst erkannt. Es ist auch attraktiv für offene und verdeckte gezielte Manipulationsversuche aller Art und wird von Gegnern der freiheitlichen Demokratie mit hoher Professionalität genutzt.

Für politische Interessengruppen eignet sich das Internet besonders für die Mobilisierung eigener Anhänger. Es ist ein ebenso schnelles wie schnelllebiges

Kampagnenmedium mit der Tendenz, kurze, aber heftige politische Strohfeuer auszulösen, die besonders leicht im auch unfairen Angriff auf politische Konkurrenten einzusetzen sind.

Politische Partizipation im Internet setzt im demokratischen Verständnis das Wissen um die Gefahr solcher Manipulationen voraus – auch weil eine für die Meisten intransparente digitale Technologie den Missbrauch durch wenige Experten leicht ermöglicht, ohne dass dies auffallen würde. Die Herrschaft der Stärkeren und Lautesten dominiert als digitales Faustrecht allzu oft die unregulierten digitalen Netzwelten. Zugleich ist die stille Manipulation in der komplexen digitalen Welt das Herrschaftsinstrument anonymer Administratoren. Deshalb gehört Wachsamkeit gerade im Internet zur Partizipation, und insbesondere Jugendliche müssen dafür sensibilisiert werden.

9 Plebiszitäre Gefahren

Viele sind nicht nur von der Schnelligkeit des Netzes fasziniert, die die schnelle Meinungsverdichtung zu einem Meinungsbild ermöglicht. Sie führen auch ins Feld, dass im Internet wegen seiner großen Reichweite viele Menschen einbezogen werden könnten und die Klugheit einer Entscheidung mit der Zahl der an ihr Beteiligten steige.

Während der Fokus der freiheitlichen Demokratie auf dem Einzelnen, seinen Rechten, Pflichten und Beteiligungschancen ruht, ist im Internet ganz in der Tradition der ‚volonté générale‘ von Jean-Jacques Rousseau die große Zahl der entscheidende Bezugspunkt. Dort ist von der ‚Wisdom of Crowds‘ die Rede, die James Surowiecki (2004) in seinem gleichnamigen Buch mit dem Untertitel erläuterte: *Why the Many Are Smarter Than the Few and How Collective Wisdom Shapes Business, Economics, Society and Nations*.

Dieses Konzept proklamiert die in der Netzcommunity sehr populäre Theorie, dass auch einer zufällig zusammengekommenen Gruppe von Menschen hohe Entscheidungsbefugnis für alle zukommt. Kleine Zufallsgruppen sind sogar charakteristisches Merkmal der Entscheidungsbildung im Internet. Dies gilt umso mehr, als das Internet als Aktivitätsmedium nicht nur die Menschen ohne Netzzugang oder Netzzugangswillen komplett ausblendet, sondern auch unter der Minderheit der politisch Interessierten noch die Kleingruppe der politischen Aktivisten privilegiert.

Partizipationsangebote im Internet werden sehr häufig auf Online-Abstimmungen hingeführt und verengt. Die prinzipielle Möglichkeit, alle über alles überall und möglichst schnell abstimmen zu lassen, macht den plebiszitären Reiz des Internets

aus. Dem liegt freilich die Fehlannahme vom politisierten Bürger als Regelfall zu Grunde. Aber das Grundverständnis einer freiheitlichen Gesellschaft ist nicht vereinbar mit einem indirekten Zwang zum politischen Aktivismus. Es schützt damit auch die Schwächeren: weniger politisch Interessierte, weniger Lautstarke und weniger gut Organisierte. Vertreter zu wählen, die sich in eine Materie einarbeiten und dadurch besser als andere Bescheid wissen, ist das gute Recht jedes Bürgers, ebenso wie er das Recht hat, durch eigenes Engagement die Entscheidungsfindung unmittelbar zu beeinflussen.

Die Möglichkeit der permanenten Meinungsabfrage im Internet wird aber gerne als erster Schritt zur Ablösung der repräsentativen Demokratie durch die direkte Demokratie der Volksabstimmungen begrüßt. Dabei wird übersehen, dass das Internet erhebliche Teile der Bevölkerung ausschließt, die keinen Internetzugang haben oder das Netz selten nutzen. Zugleich schränken plebiszitäre Online-Tendenzen auch die Freiheit der Internetnutzer ein, weil ihnen durch den Druck permanenter Online-Entscheidungen das Recht der Delegation auf gewählte Vertreter genommen und stattdessen Politisierungszwang etabliert wird.

Die Fixierung des Internets auf eine sich ständig beschleunigende Geschwindigkeit vermindert außerdem die Chance und reduziert die Zeit für eine sachliche Diskussion, wie sie vernünftigen Entscheidungen vorausgehen muss. Der schnelle Internetklick gebärdet sich als demokratisches Votum und ist doch tatsächlich nur Ausdruck von Oberflächlichkeit und Flüchtigkeit.

Die Bevölkerung steht übrigens Online-Beteiligungsplattformen sehr skeptisch gegenüber: Im zweiten Halbjahr 2013 befragte die Bertelsmann-Stiftung telefonisch 2.700 Bürger ab 18 Jahren aus 27 Städten und Gemeinden nach ihren bevorzugten kommunalen Beteiligungsformen. Die Ergebnisse wurden im September 2014 unter dem Titel *Vielfältige Demokratie* veröffentlicht (Bertelsmann-Stiftung 2014, S. 13).

Unter allen Beteiligungsformen schnitt sowohl bei den Bürgern als auch bei den Entscheidungsträgern ‚Online-Beteiligung‘ deutlich am schlechtesten ab und wurde in beiden Gruppen mit klarer Mehrheit abgelehnt. Die gestellte Frage lautete „Im Folgenden nenne ich Ihnen verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung. Bitte sagen Sie mir, wie Sie die jeweilige Form auf einer Skala von 1 = sehr gut bis 5 = sehr schlecht, bewerten?“

43 Prozent der befragten Bürger lehnten ‚Online-Beteiligung‘ als sehr schlecht bzw. schlecht ab, nur 33 Prozent hielten sie für sehr gut oder gut. Zum Vergleich: Die Beteiligung an Gemeinderatswahlen hielten 82 Prozent für sehr gut bzw. gut und nur fünf Prozent lehnten sie ab. Die Mitarbeit in Parteien stieß auf 65 Prozent Zustimmung und zwölf Prozent Ablehnung.

Diese eindeutige Ablehnung von ‚Online-Beteiligung‘ ist umso bemerkenswerter, als in fast einem Drittel der einbezogenen Kommunen (acht von 27) Online-Betei-

ligungsverfahren (meist als Online-Bürgerhaushalte) bereits durchgeführt worden waren.

Die Bertelsmann-Stiftung fasst die Ergebnisse so zusammen:

Auffallend in der Rangliste demokratischer Beteiligungswege ist jedoch die ausgesprochen schlechte Bewertung neuer Formen der Onlinebeteiligung – diese haben von allen Beteiligungsformen die geringste Zustimmung erhalten. Nur die Onlinebeteiligung bewerten mehr Menschen eher negativ (43 %) als positiv (33 %). Auch wenn die jüngere Generation hier deutlich besser bewertet, haben die neuen Formen netzbasierter Beteiligung noch ein vergleichsweise schlechtes Ansehen und konnten sich noch nicht als ein anerkanntes Instrument demokratischer Beteiligung etablieren. (Bertelsmann-Stiftung 2014, S. 13)

Diese neuen Ergebnisse entsprechen übrigens den Erkenntnissen einer Bertelsmann-Studie aus dem Jahr 2011. Damals standen nur 39 Prozent elektronischen Petitionen und nur 32 Prozent Internet-Blogs prinzipiell positiv gegenüber. 58 bzw. 67 Prozent der Befragten sagten, das komme für sie nicht in Frage. Fazit der Bertelsmann-Stiftung schon 2011: „Möglicherweise in der öffentlichen Diskussion bislang überschätzt werden dagegen die neuen Formen der Meinungsbildung und Bürgerbeteiligung über das Internet. Offensichtlich sind diese Formen der Beteiligungsmöglichkeit nur für eine qualifizierte Minderheit begehrt“ (Bertelsmann-Stiftung 2011, S. 2).

10 Die Online-Abstimmungsfalle

Hinzu kommt bei Abstimmungen im Internet das grundsätzliche Problem, dass die Gewährleistung des Wahlheimnisses und der Schutz vor Abstimmungsmanipulationen einander ausschließen. Nur wenn auf eine geheime Stimmabgabe verzichtet wird, lässt sich die korrekte Funktionsweise von Online-Verfahren überprüfen. Nur wenn realen Personen abgegebene Stimmen zugeordnet werden können, lässt sich die Manipulation durch virtuelle Stimmen ohne reale Abstimmungsberechtigung ausschließen. Systemadministratoren können bei Online-Abstimmungen nämlich ohne Probleme ebenso die angebliche Anonymität ohne Wissen der Abstimmenden umgehen und Stimmen persönlich zuordnen, wie sie zugleich im Schutz dieser Anonymität die Stimmabgabe verändern oder Stimmen hinzufügen können.

Darauf haben die Entwickler der für solche Online-Abstimmungen verbreiteten Software 2012 in aller Deutlichkeit hingewiesen:

Alle Online-Plattformen für demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung haben gemeinsam, dass es praktisch nicht möglich ist, gleichzeitig sowohl eine verdeckte Stimmabgabe als auch eine Überprüfbarkeit des Verfahrens zu erreichen. Denn das Internet kann durch die Teilnehmer (im Gegensatz zu einer echten Wahlurne) nicht hinreichend auf korrekte Funktionsweise geprüft werden. ... Ein verbindlicher Einsatz von LiquidFeedback kann also nur dann demokratischen Grundsätzen genügen, wenn auf die geheime, pseudonyme oder anonyme Stimmabgabe verzichtet wird. Denn eine Möglichkeit für die Teilnehmer, die korrekte Funktionsweise des Verfahrens selber zu überprüfen, besteht nur dann, wenn namentliche Abstimmungen durchgeführt werden und die Teilnehmer selber identifizieren können, welche anderen teilnehmenden realen Personen jeweils welche Stimme abgegeben haben. (darkbln 2012)

Ausdrücklich haben sie – zugleich Vorstandsmitglieder von *Interaktive Demokratie e. V. – Verein zur Förderung des Einsatzes elektronischer Medien für demokratische Prozesse* – deshalb der Piratenpartei den Einsatz ihrer Software untersagt:

Wir wollen aber nicht für die gesellschaftliche Etablierung von scheinbar demokratischen Verfahren stehen oder verantwortlich sein, die durch die Teilnehmer selber nicht überprüft werden können. ... Daher distanzieren wir uns vom Einsatz unserer Software bei der Piratenpartei Deutschland und ihren Untergliederungen. (darkbln 2012)

Nach Ansicht der LiquidFeedback-Entwickler liegen die Alternativen klar auf der Hand: „Für demokratische Prozesse gilt deshalb:

- Entweder keine geheime, pseudonyme oder anonyme Stimmabgabe
- oder keine Überprüfbarkeit durch die Teilnehmer
- oder Verzicht auf das Internet und Verwendung einer herkömmlichen Wahlurne“ (darkbln 2012).

Dennoch wird das Internet häufig mit dem Argument der Bürgerbeteiligung als Abstimmungsinstrument in Sachfragen eingesetzt. Dabei wird die durchgängig extrem niedrige Beteiligung konsequent verschwiegen:

- Trotz niedrigster Zugangsschwelle durch einfache E-Mail-Registrierung haben sich z. B. an den sog. Online-Bürgerhaushalten meistens weniger als ein Prozent und nie mehr als fünf Prozent der dazu Berechtigten beteiligt (vgl. Eisel 2015).
- Beim Adhocracy-Angebot der Enquetekommission ‚Internet und digitale Gesellschaft‘ des Deutschen Bundestages haben sich zwischen Januar 2011 bis zum Abschluss im Januar 2013 bundesweit (!) lediglich 12.579 Mitglieder registriert, obwohl auch hier zur Anmeldung lediglich eine E-Mail-Adresse genügte. Es

wurden auf diesem Weg aus ganz Deutschland nur 494 Vorschläge eingereicht und lediglich 2.356 Kommentare dazu abgegeben (vgl. Eisel 2011, S. 221).

- Auch das in den Medien zunächst gefeierte Experiment LiquidFriesland ist mangels Beteiligung gescheitert. Von ca. 80.000 stimmberechtigten Bürgern im Landkreis Friesland haben sich lediglich 552 Bürger überhaupt registriert. Nur 367 Bürger haben sich bei LiquidFriesland im ersten Jahr nach der Eröffnung des Portals am 11. November 2012 wenigstens einmal an einem dort diskutierten Thema beteiligt oder einer Abstimmung teilgenommen. Seit Anfang 2014 ist auf der Plattform praktisch keine Aktivität mehr festzustellen. Über lediglich zehn Vorschläge wurde mit einer Beteiligung von durchgängig weniger als dreißig Bürgern abgestimmt (vgl. Eisel 2014).
- Selbst bei den Piraten, die sich über den Umgang mit dem Internet definieren und die kontinuierliche Meinungsbildung und Entscheidungsfindung im Netz als eine ihrer zentralen Forderungen propagieren, stößt die parteiinterne Abstimmungsplattform ‚LiquidFeedback‘ nur auf sehr begrenztes Interesse. Von den 23.833 Mitgliedern der Piratenpartei sind (weil beitragszahlend) 5.380 stimmberechtigt, aber nur 322 bei LiquidFeedback aktiv, d. h. haben sich innerhalb der letzten sechs Monate wenigstens einmal eingeloggt (Piratenpartei 2015a, 2015b; Stand jeweils 15. Februar 2015). An den Einzelabstimmungen beteiligt sich also nur ein harter Kern von weniger als zehn Prozent der Gesamtmitgliedschaft.

Diese geringe Beteiligung führt dazu, dass die Ergebnisse solcher Abstimmungen keinerlei Anforderungen von Repräsentativität entsprechen. Außerdem ist bei diesen Abstimmungsverfahren, insbesondere bei den in Mode gekommenen internetbasierten kommunalen Bürgerhaushalten, eine hohe Manipulationsgefahr durch Mehrfachabstimmung und die im globalen Netz einfache Teilnahme von Ortsfremden gegeben.

Wenn das Internet als elektronischer Briefkasten und als Forum für Anregungen eingesetzt wird, stellt es eine Bereicherung dar, weil es dem Bürger außerhalb der organisierten Politik eine Chance der Mitsprache gibt. Verbunden mit der Versuchung des schnellen Internetklicks durch ein Abstimmungsangebot ist diese auf Argumentationskraft angelegte Beteiligungschance allerdings tatsächlich ausgehebelt. Das Internet eignet sich nicht für Abstimmungen in Sachfragen, weil es außerordentlich manipulationsanfällig und nicht repräsentativ ist.

11 Leitplanken für Demokratiekompetenz im Internet

Das Internet eröffnet für den demokratischen Staat neue Chancen der Bürgerbeteiligung, die dann demokratischen Grundsätzen entspricht, wenn man die spezifischen Charakteristika des Cyberspace nicht ignoriert, sondern mit ihnen verantwortlich umgeht. In diesem Sinne gilt es, möglichst vielen – auch und gerade jugendlichen – Internetnutzern durch öffentliche Debatten und über die schulische und außerschulische Politische Bildung die Grundwerte zu vermitteln und bewusst zu halten, die für eine demokratische Internetkultur unverzichtbar sind:

1. *Wer die Chancen des Internets für Bürgerbeteiligung sinnvoll nutzen will, muss die Grenzen des Netzes ebenso kennen wie seine Möglichkeiten.*

Nur eine sachliche und nüchterne Betrachtung verhindert Irrwege im Cyberspace. Die Faszination über die technischen Möglichkeiten des Internets entbindet nicht von der Frage nach den Chancen und Gefahren für die Demokratie. Zur Technikfaszination muss Medienkompetenz kommen und in einer freiheitlichen Gesellschaft zur Medienkompetenz zwingend die Demokratiekompetenz.

2. *Angesichts der begrenzten Reichweite des Internets darf demokratisches Handeln keine Ausschließlichkeit der digitalen Welt zulassen.*

Freiheitliche Demokratie muss allen Bürgern den allgemeinen, unmittelbaren und gleichen Zugang zur politischen Arena garantieren. Diese gleichen Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten für alle kann das Internet (bisher?) nicht bieten. 21 Prozent, also insgesamt ca. 17 Millionen Bürger über 14 Jahre in Deutschland, nutzen das Internet überhaupt nicht (van Eimeren und Frees 2014). Dieser eingeschränkte Verbreitungsgrad veränderte sich in den letzten Jahren nur unwesentlich. Mit seiner begrenzten Reichweite unterscheidet sich das Internet also prinzipiell nicht von anderen Medien – auch wenn immer wieder der Eindruck erweckt wird, es könne solche Grenzen überwinden.

3. *Wer einen Internetzugang hat, bewegt sich deswegen noch keineswegs regelmäßig und routiniert im Netz.*

Als ‚Onliner‘ gilt in allen Statistiken schon, wer das Internet innerhalb der letzten vier Wochen nur einmal genutzt hat. Dies führt freilich „nicht automatisch zu einer routinierten und habitualisierten Internetnutzung“ (van Eimeren und Frees 2012, S. 364). Fast die Hälfte aller deutschen Internetnutzer gehören entweder der Gruppe der Randnutzer (25 Prozent) oder der Selektivnutzer (18 Prozent) an: „Kennzeichnend für diese Gruppen ist, dass sie das Internet noch nicht in ihren Medienalltag

integriert haben und sich ihre Nachfrage auf wenige bekannte Angebote und Funktionen beschränkt“ (van Eimeren und Frees 2013, S. 361).¹ Demokratie würde sich deshalb selbst ad absurdum führen, wenn sie ‚Netzbürgern‘ mehr Bedeutung zumessen würde als jenen, die das Medium nicht nutzen können oder wollen.

4. *Im Unterschied zu Fernsehen und Radio ist das Internet kein Konsummedium, sondern ein Aktivitätsmedium mit der Folge struktureller Ungleichheiten.*

Das Internet ist im Kern kein niedrigschwelliges, sondern ein forderndes Angebot. Es privilegiert die ‚Zeitreichen‘. Dazu gehören vor allem diejenigen, denen als ‚Bildschirmarbeiter‘ auch am Arbeitsplatz ein ständiger Netzzugang zur Verfügung steht. Wer seinen Alltag in der ‚Bürowelt‘ verbringt, hat es in der Internetwelt leichter als jemand, der im Handwerk, im produzierenden Gewerbe oder im Dienstleistungssektor arbeitet. Bei der politischen Teilhabe im Internet gibt es keine Chancengerechtigkeit zwischen dem Bauarbeiter und dem Bürokaufmann. Die eigentliche strukturelle digitale Spaltung verläuft zwischen denen, für die beim Internetzugang Arbeits- und Freizeit keinen Unterschied macht, und denen, die im begrenzten Zeitbudget ihrer Freizeit die Wichtigkeit der Nutzung des Internets für sich abwägen müssen.

5. *Der Cyberspace ist für seine Bewohner um ein Vielfaches mehr der Markt- und Spielplatz als er ein Politikforum ist.*

Das Internet ist nicht zu politischen Zwecken erfunden, erprobt und entwickelt worden, und wird auch nur von einer kleinen Minderheit dazu genutzt. Der Anteil politischer Webseiten liegt im deutschsprachigen Netz unter einem Prozent. Die Zugriffsraten auf das politische Angebot sind zudem deutlich unterdurchschnittlich. Die freiheitliche Demokratie zählt zwar auf das politische Engagement der Bürger für ihre Gesellschaft, räumt ihnen aber ausdrücklich auch das Recht ein, unpolitisch zu sein. Davon wird nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb des Netzes reichlich Gebrauch gemacht.

6. *Das Internet weckt kein neues Politikinteresse, sondern ist ein zusätzliches Forum für Politikinteressierte.*

Meist diskutieren politisch Interessierte und Aktive über Politik im Netz. Sie neigen dazu, die Rolle von Politik im Internet zu überschätzen. Dass sich politikaffine

1 Bezogen auf die Gesamtbevölkerung unterstrich der letzte (N)ONLINER Atlas: „Nur 38 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind bereits in der digitalen Alltagswelt angekommen“ (Initiative D21 2012, S. 2).

Menschen im Internet leichter begegnen und vernetzen können, sollte sie nicht zu der Fehlannahme verleiten, es gebe durch das Internet ein höheres Politikinteresse. Zu den Mythen, die das Internet umgeben, gehört aber die Annahme, dass es dem neuen Medium gelingen könnte, mehr Bürger für Politik zu interessieren und am politischen Prozess zu beteiligen. Diese ‚Mobilisierungsthese‘ ist aber längst widerlegt. Bestätigt hat sich bisher die ‚Verstärkungsthese‘, d.h. das Internet bietet vor allem den auch außerhalb des Netzes schon Politikinteressierten ein zusätzliches und neues Forum.

7. *Das Internet bietet keinen einheitlichen Kommunikationsraum, sondern entgrenzt diesen ebenso, wie es zugleich in fragmentierte ‚Echogesellschaften‘ zerfällt.*

Freiheitliche Demokratie ist im Blick auf ihre Gemeinwohlorientierung und friedliche Konfliktregelung darauf angewiesen, dass unterschiedliche Gruppen in der Gesellschaft in überschaubarem Rahmen offen miteinander kommunizieren. Das Internet privatisiert den öffentlichen Raum aber ebenso, wie es ihn globalisiert. In beidem liegt eine Gefahr: Die für demokratische Entscheidungsprozesse essentielle Meinungsbildung durch offene Debatten wird ebenso bedroht, wenn geschlossene Individualkommunikation die Transparenz kommunikationsoffener Meinungsbildung ersetzt, wie wenn durch die völlige Entgrenzung des Kommunikationsraumes der Ort der Entscheidungsfindung verloren geht. Entgegen der gerne im Internet propagierten Selbstwahrnehmung animiert das Internet mindestens ebenso sehr zum Tunnelblick im Kreise Gleichgesinnter, wie es in seiner Grenzenlosigkeit dem überschaubaren öffentlichen Raum die integrierende Wirkung nimmt. Online sind auch deshalb Radikalisierungen in Form und Inhalt weiter verbreitet als offline.

8. *Schnelligkeit als höchstes Gut im Cyberspace ist kein Ausweis von Demokratiesteigerung.*

Ihr wohnt die große Gefahr der Oberflächlichkeit und Flüchtigkeit inne. Im Internet ist der schnelle Klick die gültige Währung, Politik erscheint demgegenüber träge und langsam. Der Geschwindigkeitsdruck im Internet begünstigt eine Atmosphäre sich schnell wandelnder Stimmungen, Emotionen und Skandalisierungen. Im Gegensatz dazu zeichnen sich stabile Demokratien dadurch aus, dass sie der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung ihre Reifezeit geben. Im Internet haben aber Zeit für sachliche Reflexion, integrierende Kommunikation und entscheidungsbezogene Gelassenheit selten eine Chance.

9. *Transparent und seriös ist etwas nicht schon allein deswegen, weil es im Netz steht.* Oft herrscht bei gerade auch jugendlichen Internetnutzern eine naive Netzgläubigkeit vor: schon die Verfügbarkeit von Daten im Internet garantiert deren Seriosität. Der leichte Informationszugang und die enorme Informationsfülle verstellen zu oft den kritischen Blick auf den tatsächlichen Informationsgehalt. So werden Angaben von Wikipedia meist völlig unreflektiert übernommen, staatliche Informationen schon wegen ihrer Verfügbarkeit im Netz für vollständig gehalten und bei kommerziellen Angeboten das Kleingedruckte besonders selten gelesen. Bei – per se wünschenswerten – Veröffentlichungen im Internet ist aber die gleiche Quellenkritik notwendig wie in der Offline-Welt: Sind die Informationen seriös, verbergen sich hinter ihrer Auswahl und Darstellung bestimmte Interessen oder wird Entscheidendes in der Fülle des Materials versteckt?

10. *Weil die im Internet unbegrenzte Informationsfülle oft mit Wissen verwechselt wird, ist im Netz reflektiertes Urteilsvermögen besonders gefragt.*

Datenfülle führt nicht per se zur Kenntnistiefe. Ohne Zweifel kann die Fülle der Informationen aus dem Internet auch Wissen und Erkenntnis vergrößern. Doch die Voraussetzung dafür ist jenes Urteilsvermögen, das sich in seiner komplexen Zusammensetzung aus spezifischen Bedeutungen und intelligenten Bewertungen gerade nicht auf ein Datensammelsurium reduzieren lässt. Je größer die Informationsfülle im Internet ist, umso mühevoller und zeitraubender ist der verantwortliche Gebrauch des Netzes, der die Unterscheidung zwischen Datenmüll und qualitativer Information erst ermöglicht. Je umfassender und spezialisierter das Informationsangebot im Internet ist, umso mehr kommt es für die sinnvolle Nutzung auf fundierte Allgemeinbildung an.

11. *Anonymität im Internet lockert den für die Demokratie unabdingbaren Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung.*

Aus dem Schutz der Anonymität kommt es im Internet schneller als in der Offline-Welt zu persönlichen Verunglimpfungen und Verletzungen des Persönlichkeitsschutzes. Nirgends entstehen so schnell Gerüchte und werden sie so schnell verbreitet wie im Internet. Dies ist auch einem oberflächlichen Spieltrieb geschuldet, der in der Weitergabe einer im Netz gefundenen Nachricht einen von deren Inhalt oder Seriosität unabhängigen Selbstzweck sieht. Wer zur Verbreitung beiträgt, sieht sich im Internet selten verantwortlich für den Inhalt des Weitergegebenen. Wer den Anderen persönlich attackiert, ist meist nicht mit den persönlichen Folgen konfrontiert. Die Ernsthaftigkeit der Übernahme von Verantwortung für eigenes Tun im Internet wird allzu leicht dem spielerischen ‚Anything goes‘ der Netzwelt geopfert.

12. *So sehr das Internet die Meinungs- und Informationsfreiheit fördert, so wenig eignet es sich als Ort für Abstimmungen und Wahlen.*

Das Internet ist außerordentlich manipulationsanfällig und schließt erhebliche Bevölkerungsgruppen aus. Wo es als Abstimmungstool genutzt wird, zeigt sich zugleich die Relativität seiner Relevanz: Online-Abstimmungen sind weder manipulationssicher noch repräsentativ. Sie können weder demokratisch gewählte Entscheidungsgremien ersetzen noch eignen sie sich selbst für demokratische Entscheidungsfindung. Durch die Magie der Zahl entfalten Online-Abstimmungen aber dennoch selbst als Entscheidungshilfe eine Wirkung, die ihrer tatsächlichen Aussagekraft als Plattform einer kleinen Minderheit von Internetaktivisten nicht entspricht.

Wer diese Einsichten über die Eigenarten der Online-Welt ignoriert, lässt ‚Bürgerbeteiligung im Internet‘ zu einem potemkinschen Dorf verkommen, in dem privilegierte kleine Internet-Eliten auf Kosten der großen Mehrheit der Bürger agieren. Dies gilt es gerade Jugendlichen zu vermitteln, deren eigenes Einordnungspotential durch eine Alltagsdominanz der Online-Welt und ihren eingeschränkten Lebenserfahrungsvorrat noch nicht hinreichend entwickelt ist bzw. sein kann: Wo das Internet für Informations- und Meinungs austausch, Anregungsplattform und Argumentationsforum genutzt wird, kann es Bürgerbeteiligung stärken. Wo es als Entscheidungsweg genutzt wird, kann es demokratischen Anforderungen nicht genügen. Dieses gilt es gerade den ‚Digital Natives‘ immer wieder vor Augen zu führen, weil nur dann Technikfaszination und Demokratiekompetenz ins richtige Verhältnis kommen.

Als Benjamin Franklin im Sommer 1787 in Philadelphia als Mitglied des amerikanischen Verfassungskonvents nach Abschluss der Beratungen von einem Passanten gefragt wurde: „What have you given us?“ antwortete er mit Hinweis auf die Verantwortung jedes Einzelnen: „A Republic, if you can keep it“ (zitiert nach Sunstein 2007, S. 119). Bezogen auf das Internet und seine Chancen für mehr Bürgerbeteiligung könnte man heute hinzufügen: „Democracy – if you can use it.“

Literaturverzeichnis

- Bertelsmann-Stiftung. (2011). *Bundesbürger möchten sich aktiv beteiligen, vor allem aber mitentscheiden*. <http://www.stephaneisel.de/clubs/eisel/news/Bertelsmann-Umfrage.pdf>. Zugegriffen: 2. April 2015.
- Bertelsmann-Stiftung. (2014). *Vielfältige Demokratie: Kerneergebnisse der Studie „Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden“*. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Vielfaeltige_Demokratie.pdf. Zugegriffen: 2. April 2015.
- darkbln. (17. September 2012). *LiquidFeedback-Entwickler distanzieren sich vom Einsatz ihrer Software in der Piratenpartei* (Blogeintrag). <http://blog.liquidfeedback.org/2012/09/17/liquidfeedback-entwickler-distanzieren-sich-vom-einsatz-ihrer-software-in-der-piratenpartei>. Zugegriffen: 2. April 2015.
- Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI). (2014). *DIVSI U25-Studie: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der digitalen Welt*. <https://www.divsi.de/wp-content/uploads/2014/02/DIVSI-U25-Studie.pdf>. Zugegriffen: 13. Februar 2015.
- Dreier, M., Duven, E., Müller, K. W., Beutel, M. E., Behrens, P., Holtz, S., & Wölfling, K. (2012). *Studie über das Internetsuchtverhalten von europäischen Jugendlichen*. https://www.unimedizin-mainz.de/fileadmin/kliniken/verhalten/Dokumente/EU_NET_ADB_Broschuere_final.pdf. Zugegriffen: 13. Februar 2015.
- Eisel, S. (2011). *Internet und Demokratie* (Konrad-Adenauer-Stiftung, Hrsg.). Freiburg: Herder.
- Eisel, S. (22. Mai 2014). *LiquidFriesland: Ein gescheitertes Experiment* (Blogeintrag). <https://internetunddemokratie.wordpress.com/2014/05/22/liquidfriesland-ein-gescheitertes-experiment>. Zugegriffen: 2. April 2015.
- Eisel, S. (12. Januar 2015). *Online-„Bürgerhaushalt“ in der Sackgasse* (Blogeintrag). <https://internetunddemokratie.wordpress.com/2015/01/12/online-burgerhaushalte-in-der-sackgasse>. Zugegriffen: 2. April 2015.
- Google. (2011). *Alles über Google News*. http://news.google.de/intl/de_de/about_google_news.html. Zugegriffen: 13. Februar 2015.
- Initiative D21. (2012). *(N)ONLINER Atlas 2012: Basiszahlen für Deutschland. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland*. <http://www.initiatived21.de/wp-content/uploads/2012/06/NONLINER-Atlas-2012-Basiszahlen-für-Deutschland.pdf>. Zugegriffen: 13. Februar 2015.
- Piratenpartei. (2015a). *Mitglieder*. <http://wiki.piratenpartei.de/Mitglieder>. Zugegriffen: 15. Februar 2015.
- Piratenpartei. (2015b). *LiquidFeedback der Piratenpartei*. <https://lqfb.piratenpartei.de>. Zugegriffen: 15. Februar 2015.
- Schirrmacher, F. (2009). *Payback: Warum wir im Informationszeitalter gezwungen sind zu tun, was wir nicht wollen, und wie wir die Kontrolle über unser Denken zurückgewinnen*. München: Karl Blessing.
- Sunstein, C. R. (2007). *Republic.com 2.0*. Princeton: Princeton University Press.
- Surowiecki, J. (2004). *The wisdom of crowds: Why the many are smarter than the few and how collective wisdom shapes business, economics, society and nations*. London: Abacus.
- van Eimeren, B., & Frees, B. (2012). Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2012: 76 Prozent der Deutschen online – neue Nutzungssituationen durch mobile Endgeräte. *Media Perspektiven* 7-8, 362-379.

- van Eimeren, B., & Frees, B. (2013). Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2013: Rasanter Anstieg des Internetkonsums – Onliner fast drei Stunden täglich im Netz. *Media Perspektiven* 7-8, 358-372.
- van Eimeren, B., & Frees, B. (2014). *79 Prozent der Deutschen online – Zuwachs bei mobiler Internetnutzung und Bewegtbild: Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2014*. <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de>. Zugegriffen: 13. Februar 2015.
- Wikimedia. (2015). *Wikipedia-Statistik: Aktive Wikipedianer*. <http://stats.wikimedia.org/DE/TablesWikipediansEditsGt5.htm>. Zugegriffen: 13. Februar 2015.
- Wikipedia. (2015a). *Wikipedia: Beitragszahlen/Bearbeitungen_(30_Tage)*. [http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Beitragszahlen/Bearbeitungen_\(30_Tage\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Beitragszahlen/Bearbeitungen_(30_Tage)). Zugegriffen: 13. Februar 2015.
- Wikipedia. (2015b). *Wikipedia: Beitragszahlen*. <http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Beitragszahlen>. Zugegriffen: 13. Februar 2015.
- Wikipedia. (2015c). *Wikipedia: Liste der Administratoren*. http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Liste_der_Administratoren. Zugegriffen: 13. Februar 2015.